

BLOCKADE**Cuba – Bytes unter Blockade**

Obwohl die gegenwärtige US-Regierung versprochen hat, den Zugang des cubanischen Volkes zum Internet und dessen technologischer Entwicklung zu unterstützen, führt Präsident Obama die Blockadepolitik seiner Vorgänger auch auf diesem Gebiet fort.

71 Millionen 240.430 Dollar hat die Blockade nur allein auf dem Technologie-Sektor gekostet, ausgerechnet auf dem Gebiet, das der US-Präsident versprochen hatte zu unterstützen. Wie hätte man mit diesem Geld die Informatik und Telekommunikation in Cuba entwickeln können. Dass US-Regierungen das eine sagen und das andere tun, ist nicht wirklich neu. Neu ist aber die Penetranz, mit der Internetzugang und neue Technologie für Cuba in offiziellen Papieren als „Priorität“ auftauchen, während in Wirklichkeit alles in dieser Richtung torpediert wird.

Vielleicht ist das beredteste Beispiel, wenn auch längst nicht das einzige, das cubanische Telekommunikationsunternehmen ETECSA, dem es unmöglich gemacht wurde, Ausrüstung und Ersatzteile zu erwerben. Alle für die Entwicklung notwendigen Teile unterliegen US-Patent. Cuba muss diese Komponenten auf dem internationalen Markt kaufen, wo sie strenger Kontrolle und Überwachung unterliegen. Kein Land auf der Welt muss dafür soviel bezahlen wie Cuba, denn über jedem, der mit Cuba Handel treibt, hängt das Damokles-Schwert der Strafmaßnahmen des US-Finanzministeriums. Unter

dem Schutz des Helms-Burton-Gesetzes kann es alle US-Unternehmen und die Unternehmen von Drittländern strafen, die es wagen, die Blockade herauszufordern. Allein zwischen April 2009 und April 2010 verursachte diese Kontrolle bei ETECSA Verluste von 52.868.000 Dollar.

Ein weiterer Verlustfaktor sind die gegen alle internationale Bestimmungen verstoßenden subversiven Radio- und Fernsehprogramme, die von den USA aus gesendet werden. Die auf 30 verschiedenen Frequenzen gesendeten Radioprogramme und 19 Fernsehprogramme, deren Nutzung nach internationalem Recht Cuba zusteht, verursachen schwerste Interferenzen im nationalen Radio- und Fernsehprogramm. Um einen qualitativ akzeptablen Dienst leisten zu können, der die Beeinträchtigungen der eigenen Sender so gut wie möglich unterbindet, musste allein RadioCuba im gleichen Zeitraum für den Erwerb von technischen Geräten zur Verstärkung der eigenen Signale 2.803.314 Dollar ausgeben.

Auch in Bezug auf die Post hat sich nichts getan. Zwar ist die Normalisierung des Postverkehrs seit September 2009 auf dem Verhandlungstisch, bis heute hat sich aber nichts geändert. Immer noch kann keine Post direkt von den USA nach Cuba und umgekehrt geleitet werden, alles muss über Drittländer gehen. Dadurch entstehen Cuba Verluste von etwa 3 Millionen Dollar. Da die USA Cuba weiterhin auf der Liste

der Staaten führt, die den Terrorismus fördern, haben sie einen Vorwand, die Entwicklung der cubanischen Software-Industrie zu blockieren, was Auswirkungen auf Medizin, Ausbildung, Automatisierung von Industrie und Handel über Internet hatte.

Allein die Informatik-Universität (UCI) hatte einen Verlust von über 1,5 Millionen Dollar, da Verträge nicht zustande kamen, weil Cuba keinen Zugang zu Symantec bekommt.

Cuba ist es nicht möglich, Computer der weltbekanntesten Marken wie Intel, Hewlett Packard, IBM oder Macintosh direkt zu importieren. Jeder Import muss über Dritte erfolgen, was bedeutet, dass sie sich um 30 % verteuern, weil diese Firmen sich natürlich das Risiko bezahlen lassen, für den Fall, dass sie beim Handel mit der Insel „erwischt“ werden.

Der cubanischen Firma für Software DESOFT S.A. lösten sich 1.186.635 Dollar in Luft auf, als eine Firma aus Costa Rica (MOVIL MULTIMEDIA) und aus Spanien (OESIA) plötzlich aus Angst vor Strafe und Repressalien seitens der USA die Arbeitsbeziehungen aufkündigten.

Selbst das Linux-System entgeht nicht den inquisitorischen Augen der Blockadejäger. Es gibt auch dort Seiten, die man heruntergeladen kann oder auf den Gratisdienste angeboten werden. Auch auf diese wird Cuba der Zugriff verwehrt.

R. F., juventud rebelde

WIRTSCHAFT**Barrieren für Privatsektor aufgehoben**

Die cubanische Regierung ermöglicht die Vermietung von Wohnungen, legalisiert Privatunterricht und Landarbeit. Ferner erleichtert sie den kleinen Unternehmen, Personal einzustellen und in mehr als einem Municipio (Bezirk) zu arbeiten.

Die Zeitung Granma betont, dass es nicht nur darum gehe, eine Arbeitsoption anzubieten, sondern dass es auch gelte, sich von den Konzepten zu verabschieden, die den Privatsektor praktisch zur Ausrottung verdammt hätten und diejenigen, die darin seit den 90er Jahren legal arbeiteten, zu brandmarken.

Die Arbeit auf eigene Rechnung (TCP) war Teil der Reformen, die Cuba aus der Krise der 90er nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion half. Allerdings litt dieser Sektor unter scharfer Reglementierung, hohen Steuern und wenig Lizenzen. Ende des Jahres 2009 gab es 143.000 Selbstständige. Nachdem nun mehr als eine halbe Million Arbeiter des öffentlichen Sektors freigestellt werden, gehen inoffizielle Berechnungen davon aus, dass in den nächsten sechs Monaten etwa 465.000 davon in die Selbstständigkeit überwechseln oder Kooperativen bilden.

Eine bedeutsame Veränderung betrifft auch die Vermietung von Wohnraum. Unter den neuen Regulierungen kann man ein Haus oder einen Teil davon in CUC, also konvertierbarer Währung vermieten. Auch Cubaner, die mit offizieller Erlaubnis im Ausland leben, können ihre Wohnung nun vermieten. Diese Maßnahme ändert die bis jetzt vorherrschende Politik, dass Wohnungen nur zum Wohnen und nicht zum Geschäftemachen gedacht sind. Diese Linie hat sich aber bereits in den 90er Jahren verändert, als man die teilweise Vermietung von Zimmern erlaubte.

Außerdem darf man jetzt legal Nachhilfeunterricht für Schüler geben oder sie auf Examen vorbereiten. Allerdings dürfen Lehrer im Dienst diese Tätigkeit nicht ausüben.

Die Normen für die Familienrestaurants, unter dem Namen Paladar bekannt, haben sich auch geändert. Durften sie bis jetzt nur 12 Personen gleichzeitig bewirten, so sind es jetzt 20. Auch dürfen sie jetzt Gerichte mit Kartoffeln, Meeresfrüchten und Rindfleisch anbieten, was bis jetzt auch verboten war.

Granma veröffentlichte eine Liste von 178 Möglichkeiten für selbstständige Arbeiten. Die Zeitung kündigt an, dass die Möglichkeit einer Kreditvergabe für die neuen Unternehmen studiert werde, gab aber keine Einzelheiten bekannt. Die cubanische Wirtschaft leidet unter Liquiditätsmangel, was zu einem virtuellem Moratorium der Auslandsschulden geführt hat und zu einer Krise bei den Zahlungen im Bankensystem. Deswegen ist nicht klar, woher das Startkapital für die Kleinunternehmen kommen könnte.

R. F., granma, la jornada

BLOCKADE**Die Legalität der Belagerung**

Nach dem 11. September, als die USA den Patriotic Act verabschiedeten, sprengte auch die Verfolgung der Finanztransaktionen alle bisherigen Grenzen. Paragraph 311, Abschnitt III richtet sich an das Banken- und Finanzsystem außerhalb der USA, wo man verpflichtet werden soll, Transaktionen mit kriminellen oder terroristischen Organisationen offen zu legen.

Wie kommt es, dass Cuba sich zur Zielscheibe von besagtem Paragraphen entwickelt hat?

Weil das Prozedere auf Staaten übertragen wird, die in der Liste „State sponsorship of terrorism“ (Staaten, die den Terrorismus beherbergen) auftauchen. Und in diese Liste haben die USA Cuba aufgenommen. Das bedeutet, dass der Patriotic Act dazu benutzt werden kann, jedes ausländische Finanzinstitut unter Druck zu setzen, das Transaktionen vornimmt, die mit Cuba zu tun haben.

Schon bald kam es zu Strafen in Millionenhöhe, die Banken zu bezahlen hatten, die Transaktionen mit Cuba vornahmen. Es kam zum plötzlichen Abbruch der Zusammenarbeit mit cubanischen Banken, Transaktionen wurden verweigert. Zunächst konnte man sich in Cuba nicht erklären, was da vor sich ging.

Günstig für diese Finanzblockade war die

globale CIA-Überwachung über das belgische SWIFT-System, die im Juni 2006 vom US-Finanzministerium bestätigt wurde. SWIFT ist ein Informatik-Medium, über das von einem Moment auf den anderen millionenschwere Überweisungen zwischen Banken und Finanzinstitutionen getätigt werden können.

Und als ob das nicht schon genug gewesen wäre, schuf man ab Mai 2006 noch einen zusätzlichen Identifizierungsmechanismus, der noch bessere Garantien liefert, dass ein „terroristisches Land wie Cuba“ nicht der Kontrolle des Patriotic Act entkommt.

Das alles ist nur ein geringer Teil dessen, was die Blockade für Cuba bedeutet, welchen Schaden sie anrichtet, wie sie Cuba in seiner Entwicklung blockiert. Das dürfen wir in keinem Augenblick vergessen, gerade jetzt wieder, wenn die USA und die Medien ihre Folgen bagatellisieren oder es zynisch so darstellen, als tue man Cuba eigentlich einen Gefallen – mit etwas, das sie immer fälschlicherweise Embargo nennen.

„Wenn Cuba keine Wirtschaftsblockade hätte, wäre es das Modell eines Landes“, sagte kürzlich Evo Morales. Es hätte zumindest die Chance, ein solches zu werden. Aber das ist ja auch genau der Grund, warum es die Blockade gibt.

R. F., cubadebate



Barack Obama, 44. Präsident der USA, gemeinsam mit der CIA gegen Cuba



Rafael Correa im Gespräch mit Fidel Castro